

Antrag auf Gewährung einer Zuwendung an kommunale Körperschaften im Rahmen der Förderung der flächendeckenden Versorgung mit schneller Internetzugangsmöglichkeit in Schleswig-Holstein (Breitbandrichtlinie)

(Antragsteller/in)
An das Amt für ländliche Räume

Ort, Datum
Auskunft erteilt:
Tel.-Nr.:
E-Mail:
Bankverbindung
BLZ
Kto.-Nr.

Betr.:
Bezug: Förderung von Projekten für die flächendeckende Versorgung mit schneller Internetzugangsmöglichkeit

Zutreffendes bitte ausfüllen oder ankreuzen

1. Maßnahme

Fördermaßnahme (kurze, eindeutige Beschreibung, genauere Angaben als Anlage)
Zu realisierende Bandbreite download / upload _____
Zu realisierende Anschlüsse gewerblich / privat _____

2. Zeitliche Durchführung der Maßnahme

Die Maßnahme soll am _____ begonnen und am _____ fertiggestellt sein.
--

3. Höhe der Förderung

Zur Schließung der Wirtschaftlichkeitslücke wird die Gewährung einer Zuwendung in Höhe von _____ Euro bzw. in Höhe von _____ % der zuwendungsfähigen Ausgaben beantragt.
--

4. Kosten- und Finanzierungsplan

Gesamtinvestition der Maßnahme _____ Euro
Wirtschaftlichkeitslücke (zuwendungsfähige Ausgaben) _____ Euro
Der detaillierte Kosten- und Finanzierungsplan ist als Anlage 1 beigelegt.

5. Begründung

Zur Maßnahme selbst (Notwendigkeit, Konzeption, Ziel, Zusammenhang mit anderen Maßnahmen, Strukturwirksamkeit, etc.)

6. Die Zustimmung zum vorzeitigen Maßnahmenbeginn wird beantragt

Ja

Begründung der Dringlichkeit:

7. Erklärungen der Antragstellerin bzw. des Antragstellers

Die Antragstellerin / der Antragsteller erklärt, von den folgenden Unterlagen Kenntnis genommen zu haben und sie - soweit es sich nicht ohnehin um allgemein verbindliche Rechtsvorschriften handelt - als verbindlich anzuerkennen:

1. Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an kommunale Körperschaften -ANBest-K-;
2. Baufachliche Ergänzungsbestimmungen zu den Verwaltungsvorschriften VV / VV-K Nr. 6 zu § 44 Abs.1 LHO (ZBau) (bei Baumaßnahmen);
3. §44 LHO i.V.m. den GAK-Fördergrundsätzen für die integrierte ländliche Entwicklung (ILE/Teil B)
4. Breitbandrichtlinie des Landes Schleswig-Holstein

Die Antragstellerin bzw. der Antragsteller erklärt, dass

- die Gemeinde / der Gemeindeteil im Sinne der Breitbandrichtlinie nicht versorgt / unterversorgt ist
- eine Bedarfsermittlung durchgeführt wurde
- die Markterhebung kein positives Ergebnis im Sinne der Breitbandrichtlinie ergeben hat
- sie / er zum Vorsteuerabzug berechtigt nicht berechtigt ist
- die Gesamtfinanzierung mit der beantragten Zuwendung gesichert ist
- das Vorhaben noch nicht begonnen wurde und auch vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides nicht begonnen wird, sofern keine Zustimmung zum vorzeitigen Maßnahmebeginn erteilt wurde
- die jeweiligen Bestimmungen für die Vergabe öffentlicher Aufträge beachtet werden / wurden.
- Für die Maßnahme Mittel aus weiteren Förderprogrammen des Landes / der EU nicht beantragt wurden und werden.

Die Antragstellerin bzw. der Antragsteller versichert die Richtigkeit und Vollständigkeit der in diesem Antrag und in den Antragsunterlagen gemachten Angaben. Die Gesamtfinanzierung ist gesichert.

Hinweis: Alle Angaben des Zuwendungsempfängers im Förderantrag und den dazugehörigen Unterlagen sind subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches in Verbindung mit § 2 des Gesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen (Subventionsgesetz). Die Ämter für ländliche Räume sind verpflichtet, Tatsachen, die den Verdacht eines Subventionsbetruges begründen, den Strafverfolgungsstellen mitzuteilen.

Ausfertigungen dieses Antrags wurden übersandt an:	Anzahl	
	Original	/ Mehrausf.

8. Anlagen / ergänzende Unterlagen

Dem Antrag wurden folgende Unterlagen beigefügt:

- Machbarkeitstudie
- Ergebnis Bedarfsermittlung
- Dokumentation des Vergabeverfahrens (Vergabevermerk)
- detaillierter Kostenplan
- weitere Unterlagen: _____

Ergänzende Angaben:

(Rechtsverbindliche Unterschrift/en)